

Perzeption und Instrumentalisierung **Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa**

Stefan Meister und Jana Puglierin

Mit der Annexion der Krim und dem Krieg in Teilen der Ostukraine hat die russische Führung in einem für den Westen völlig unerwarteten Umfang Instrumente hybrider Kriegsführung eingesetzt. Diese finden nicht nur als „kleine grüne Männchen“ in der Ukraine Anwendung, sondern auch mittels Medienpropaganda sowie der Unterstützung EU-kritischer Parteien und Politiker innerhalb der EU-Staaten. In ihrem Selbstverständnis reagiert die russische Machtelite „nur mit gleichen Mitteln“ und sieht hinter westlicher Unterstützung von Zivilgesellschaften im postsowjetischen Raum die Absicht, Russland kleinzuhalten oder zu schwächen. Deutschland und die EU-Mitgliedstaaten müssen mehr Konsequenz in ihrer Wertepolitik zeigen, verantwortungsvolle Regierungsführung auch innerhalb der EU stärken und neben Gesprächsangeboten an die russische Politik und Gesellschaft bei der Nichteifüllung von Abkommen eine konsequente Sanktionspolitik verfolgen.

Ausgelöst durch das russische Vorgehen auf der Krim und im Osten der Ukraine wurde der Begriff der „hybriden Kriegsführung“ 2014 zum Schlagwort in der europäischen Politik und Öffentlichkeit. Die Einverleibung nachbarschaftlichen Territoriums mit Hilfe „kleiner grüner Männchen“¹ und die gezielte Herbeiführung eines gewaltsauf Konflikts durch die Installierung von Separatisten im Osten der Ukraine haben den „Westen“² vollkommen überrascht. Obwohl es sich bei „hybrider Kriegsführung“ keineswegs um ein neues Phänomen handelt, fällt es Wissenschaft und Politik immer noch schwer, sich darauf zu verständigen, was genau die russische „hybride Kriegsführung“ eigentlich umfasst – geschweige denn, wie man darauf angemessen reagieren sollte.

Insbesondere die „weichen“, nicht-militärischen Methoden russischer Einflussnahme im postsowjetischen

Raum und in der Europäischen Union – sei es durch russische Auslandsmedien wie den Fernsehsender RT oder die Medienplattform Sputnik, die gezielte Ausweitung informeller Wirtschaftsnetzwerke oder die Finanzierung und Unterstützung von links- und rechtspopulistischen Parteien und Organisationen in der EU – werfen die Frage auf, ob es sich hier um eine weitere Facette „hybrider Kriegsführung“ handelt. In diesem Zusammenhang wurde vor allem der russische „Informationskrieg“ intensiv diskutiert, über den die russische Seite versucht, öffentliche Debatten in EU-Mitgliedstaaten zu beeinflussen.³

Die russische Regierung kopiert dabei nach eigenen Aussagen Instrumente und Methoden, die „der Westen“

selbst in postsowjetischen Staaten und in Russland zum Zweck der Demokratieförderung als legitim propagiert. So zielt die europäische Nachbarschaftspolitik in erster Linie darauf ab, einen Ring stabiler, befreundeter Staaten um die EU herum zu etablieren und die Anrainerstaaten zu ermuntern, ihre Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne des EU-Modells zu modernisieren. Zu diesem Zweck versucht die EU mittels *soft power*⁴ die dortigen Zivilgesellschaften zu stärken, unabhängige Medien zu unterstützen und den demokratischen Transformationsprozess weiter nach Osten auszuweiten. Diese Politik steht in einem direkten Konflikt mit den Interessen der russischen Führung und ihrer verbliebenen postsowjetischen Partner, da sie das dort bislang vorherrschende autoritäre Herrschaftsmodell schwächen könnte und Russland einen Machtverlust in seiner Interessensphäre fürchtet.

Aus russischer sicherheitspolitischer Perspektive ist die Ausweitung und Anwendung der eigenen hybriden oder nicht-linearen Kriegsführung und weicher Einflussnahme deshalb vor allem eine Reaktion auf die Schwächung Russlands und seiner Stellung im postsowjetischen Raum durch den Westen, bei gleichzeitiger Nutzung von dessen Werkzeugen und Methoden.

Das Ziel der vorliegenden Analyse ist es, herauszuarbeiten, wie Russland selbst die Ausweitung seiner Einflusszone durch nicht-militärische Mittel versteht, mit welchen Methoden und Instrumenten es diese vorantreibt und welche Gefahren daraus für den Westen erwachsen. Zuletzt werden Strategien vorgeschlagen, die die EU zu ihrem eigenen Schutz entwickeln kann. Dieser Artikel bildet den Auftakt für eine Reihe von Analysen, die die russische Einflussnahme in ausgewählten europäischen Ländern untersuchen. Dabei soll an dieser Stelle der konzeptionelle Rahmen russischer nicht-militärischer Einflussnahme für die folgenden Analysen erklärt werden.

Im Osten nichts Neues?

Insbesondere die Farbenrevolutionen in Georgien (2003) und der Ukraine (2004) haben in der russischen Politik und im Militär tiefe Besorgnis über einen Machtverlust Russlands und die wachsende Einflussnahme des Westens auf die postsowjetischen Länder geweckt. Über ihre Macht in dieser Region definiert die russische Elite den Status ihres Landes als Regional- und Großmacht. Dabei ist die russische Lesart, dass insbesondere die USA über soziale Netzwerke, organisierte Jugendgruppen und finanzierte NGOs die inneren Entwicklungen in den postsowjetischen Ländern beeinflussen und damit auch Russland destabilisieren möchten. Die gleichen Instrumente

hätte der Westen auch im Nahen Osten angewandt und über den „Arabischen Frühling“ die gesamte Region destabilisiert. Alle diese Instrumente, so die russische Argumentation, seien letztendlich nur dazu da, den westlichen Einflussbereich auszuweiten, die bestehenden legitimen Führungen zu schwächen, stattdessen den USA wohlgesinnte Regierungen an die Macht zu bringen und letztlich mittels gewaltsamer Proteste auch in Russland zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung beizutragen.⁵ Die US-amerikanische Intervention in Irak im Jahr 2003, in der ein souveräner Staat mit fingierten Beweisen angegriffen und die Regierung von Saddam Hussein gestürzt wurde, ist ein Schlüsselerlebnis für die russische Elite.

In diesem Umfeld fanden im russischen Generalstab eine Vielzahl von Debatten über neue nicht-lineare Kriegsführung und die adäquate Antwort auf eine Auflösung zwischen Innen- und Außenpolitik statt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die vielzitierte Rede des russischen Generalstabschefs Walerij Gerassimow vom Januar 2013.⁶ Gerassimow stellte darin vor der Jahresversammlung der Russischen Akademie für Militärwissenschaften die veränderten Regeln der Kriegsführung im 21. Jahrhundert dar. Politische Ziele, so führte er aus, seien nicht mehr allein mit konventioneller Feuerkraft zu erreichen, sondern durch den „breit gestreuten Einsatz von Desinformationen, von politischen, ökonomischen, humanitären und anderen nicht-militärischen Maßnahmen, die in Verbindung mit dem Protestpotenzial der Bevölkerung zum Einsatz kommen“.⁷ Der Irakkrieg sowie die angeblich vom Westen herbeigeführten „Revolutionen“ in Nordafrika und im Nahen Osten seien der Beweis, dass ein blühender Staat in wenigen Monaten oder sogar Tagen in eine Arena für erbitterte bewaffnete Auseinandersetzung verwandelt werden könne, dass er Opfer einer ausländischen Intervention werden könne und in Chaos, einer humanitären Notlage und Bürgerkrieg versinke.

Nicht-militärische, weiche Mittel der Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten ausländischer Staaten werden somit durch die russische politische und militärische Führung als Bedrohung wahrgenommen, gegen die sich Russland zur Wehr setzen müsse, um nicht vom Westen, insbesondere den USA, geschwächt zu werden. Was davon Ideologie und was Instrumentalisierung ist, um von den Schwächen der eigenen Politik abzulenken, ist schwer zu bewerten. Jedoch vermischt sich in der russischen Machelitie der Eindruck, in einer immer unsichereren und instabileren Welt zu leben, mit dem Gefühl, vom Westen systematisch kleingehalten zu werden. Dabei interpretiert die russische Führung gesellschaftliche Wandlungsprozesse in den postsowjetischen Staaten

und der arabischen Welt als von außen inspiriert und orchestriert und spricht diesen Gesellschaften damit die Selbstbestimmtheit ab.

Dass die westlichen Interventionen in Irak und Libyen zur Destabilisierung der gesamten Region beigetragen haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Die russische Analyse blendet jedoch bei der Betrachtung des „Arabischen Frühlings“ völlig aus, dass in Tunesien, Ägypten und einigen anderen Ländern des Nahen Ostens die Proteste aus der Bevölkerung zum Sturz der Regime maßgeblich beitrugen. Sie wendeten sich gegen die verkrusteten autoritären Strukturen und die eigene ökonomische Perspektivlosigkeit und organisierten sich über die sozialen Netzwerke auf neue Weise. Damit waren diese Gesellschaften keineswegs nur willenlose Instrumente fremder Mächte, sondern selbstbestimmte Akteure eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Die Vermischung dieser Ereignisse mit den Interventionen in Irak und in Libyen fehlinterpretiert diese Entwicklungen völlig.

Der Schock über die Massendemonstrationen Ende 2011/Anfang 2012 in Moskau und Sankt Petersburg im Umfeld der Wiederwahl Wladimir Putins zum russischen Präsidenten hat die Paranoia der russischen Sicherheitselite um Putin weiter genährt und noch einmal verdeutlicht, wie sehr die russische Führung eigenständige gesellschaftliche Prozesse unterschätzt und missdeutet. Die Moskauer Führung glaubt, dass sich gesellschaftliche Gruppen durch den gezielten Einsatz von gelenkten Medien und Propaganda manipulieren lassen, aber nicht aus eigenem Antrieb agieren. In diesem Verständnis sieht man im Kreml auch die Protestbewegung auf dem Maidan als gesteuerte Bewegung, die den Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch absichtlich herbeiführte. Putin betonte in einer Rede vor den Beamten des russischen Innenministeriums im März 2015, dass „sie [der Westen, die USA] sogenannte Farben-technologien nutzen – von der Organisation nichtrechtmäßiger Straßenaktionen bis zu offener Hasspropaganda und Hass in sozialen Netzwerken.“⁸

Auch die aktuelle russische Militärdoktrin vom Dezember 2014⁹ spiegelt diese Sichtweise wider und verdeutlicht mit ihrer Fokussierung auf die NATO als zentraler Gefahr für Russland (Punkt 12a) die enge Verknüpfung von innen- und außenpolitischen Bedrohungssperzeptionen. Unter Punkt 13a der Militärdoktrin wird als drohende militärische Gefahr die Destabilisierung der innenpolitischen und sozialen Situation in Russland beschrieben. Dazu zählen Handlungen, die jugendliche Bürger beeinflussen könnten, um die historischen, geistigen und patriotischen Traditionen Russlands zu untergraben (13w). Unter Punkt 15a wird auf die Besonderheiten

moderner militärischer Konflikte hingewiesen, bei denen „politische, wirtschaftliche, Informations- und andere Mittel nichtmilitärischen Charakters“ zum Einsatz kommen, realisiert mit „breiter Ausnutzung des Protestpotenzials in der Bevölkerung und der Kraft von Spezialoperationen“. Auch hier wird wieder ein Bedrohungsszenario für Russland beschrieben, bei dem äußere Mächte (USA, NATO) über die Manipulation der russischen Innenpolitik das Land destabilisieren könnten und auf das die russischen Sicherheitskräfte Antworten finden sollen. Russland ist in der Defensive durch Feinde von innen und außen, lautet die Botschaft, und muss sich verteidigen.

Perzeption und ihre Instrumentalisierung

All dies zeigt, dass es letztlich nicht entscheidend ist, ob der Westen die nicht-militärischen Mittel russischer Einflussnahme in Europa als Teil „hybrider Kriegsführung“ definiert oder nicht. Viel wichtiger erscheint, dass die Einflussnahme und Aktivitäten westlicher staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen in den postsowjetischen Ländern von der Moskauer Machtelite als Mittel der Kriegsführung wahrgenommen werden, mit dem Ziel, die russische Regierung zu schwächen oder gar zu stürzen. Russland sieht sich im Recht, auf diese laut Interpretation der russischen Führung durch NATO und USA betriebene nicht-lineare Kriegsführung mit gleichen Mitteln zu reagieren und durch „kleine grüne Männchen“, durch die Manipulation von Medien oder die Instrumentalisierung von Netzwerken und nichtstaatlichen Organisationen zu antworten. Wie es der Leiter des russischen Sicherheitsrates und enge Vertraute Putins aus dem Geheimdienst, Nikolai Patruschew, in einem Interview mit der Zeitung *Kommersant* mit Blick auf die Rolle der USA im Ukrainekonflikt verdeutlichte: „Aber die Ukraine interessiert sie [die USA] absolut nicht. Sie interessiert Russland. ... Sie möchten sehr, dass Russland überhaupt nicht mehr existiert. Als Land.“¹⁰ Diese russische Sichtweise ist für die Analyse entscheidend, nicht die westliche Wahrnehmung US-amerikanischer oder europäischer Aktivitäten in den postsowjetischen Ländern. Wir interpretieren die Unterstützung von NGOs und der Zivilgesellschaft als ein angemessenes Mittel von Demokratieförderung. Die russische Führung dagegen sieht diese Aktivitäten als nicht-legitime Mittel zum Eingriff in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten.

Der enge Kreis um Putin besteht aus Personen des Sicherheitsapparates, die mehrheitlich im sowjetischen Geheimdienst ausgebildet wurden. Sie stellen ihr Verständnis von Sicherheit und den eigenen Machterhalt über die wirtschaftlichen Interessen des Landes. Das

Denken dieser Personen ist bis heute von den Stereotypen des Kalten Krieges geprägt und tief verwurzelt in der sowjetischen Propaganda, die Antiamerikanismus mit Einkreisungsängsten verbindet. Diese Sicht prägt die Eigen- und Fremdwahrnehmung und führt zu völlig anderen Interpretationen der aktuellen Entwicklungen in den postsowjetischen Staaten als in der EU oder in den USA.

Isolation und Propaganda

Dabei hat die russische Führung aus ihrer Gefahrenanalyse zwei wichtige Konsequenzen gezogen: Selbstisolation und offensive Gegenmaßnahmen. Erstens sollen die Kräfte in Russland isoliert werden, die für Einflüsse aus dem Ausland offen sind und damit „Agenten“ westlicher Politik oder gar einer Farbenrevolution werden könnten. Deshalb versucht die russische Gesetzgebung zu verhindern, dass eine ausländische Einflussnahme auf die russische Zivilgesellschaft und die innere Verfasstheit in Russland weiter möglich ist. Bereits 2004 wurden erste Gesetze erlassen, die die Arbeit von NGOs stärker kontrollieren. Diese wurden mit Beginn der dritten Amtszeit Putins 2012 sukzessiv verschärft und schränken sowohl die Tätigkeit westlicher NGOs in Russland massiv ein als auch die ausländische Finanzierung unabhängiger russischer Organisationen. Unliebsame NGOs werden als „ausländische Agenten“ stigmatisiert, ihre Tätigkeit wird durch gewaltige bürokratische Auflagen blockiert und eine von staatlich kontrollierten Quellen unabhängige Finanzierung praktisch unmöglich gemacht. Aktuell bedroht ein Gesetz die Zusammenarbeit mit „unerwünschten ausländischen Nichtregierungsorganisationen“ mit Haftstrafen von bis zu sechs Jahren, außerdem wurde eine schwarze Liste (die sogenannte „Stopp-Liste“) durch den Föderationsrat erstellt, die ausländischen Organisationen die Tätigkeit in Russland verbieten soll.¹¹

Die letzten freien Medien, die sowieso nur von einem geringen Teil der russischen Bevölkerung genutzt werden, stehen unter erheblichem Druck, seit kritische Chefredakteure entlassen und Besitzer sowie Firmen, die Anzeigen in diesen Medien schalten, bedrängt wurden. Nun droht auch noch das ausländische Kapital an russischen Medien auf 20 Prozent Anteil beschränkt zu werden. In Russland selbst hat die staatliche Kontrolle der Fernsehsender, über die sich landesweit etwa 90 Prozent der Bürger maßgeblich informieren, eine manipulierte Pseudo-Realität geschaffen, die nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun hat. Wladimir Putin steht im Zentrum der laufenden Berichterstattung und wird als omnipräsent und unersetztlich vorgeführt. Die gelenkte Berichterstattung

wird dazu benutzt, maximale Zustimmungsraten in der Bevölkerung für den Präsidenten zu erzeugen, und drückt sich vor allem darin aus, dass unliebsame Ereignisse nicht vorkommen und Ereignisse mit Absicht faktisch falsch dargestellt werden.¹² Diese Politik der Lügen, Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien, die reale Ereignisse wegetuschiert und bewusst mit Unwahrheiten operiert, überträgt die russische Politik auch auf ihren Umgang mit der EU und den USA. Das heißt, hier kommen die gleichen Mittel, die in der russischen Innenpolitik seit Jahren erprobt werden, ebenfalls zur Anwendung. Dazu zählen russische Internet-Trolle, die in europäischen Internetmedien kritische Artikel über Putin oder die russische Politik mit Lügen und aggressiven Angriffen attackieren, sowie die Verbreitung von Falschmeldungen oder die Verzerrung der Darstellung realer Ereignisse durch mit enormen Summen finanzierte russische Auslandsmedien wie RT und Sputnik.¹³

Zweitens hat die russische Führung Gegenmaßnahmen entwickelt, um auch die Öffentlichkeit anderer Länder durch gezielte Desinformation bei der Meinungsbildung zu beeinflussen. In seiner erwähnten Rede forderte Generalstabschef Gerassimow die Zuhörerschaft auf, von „Siegern das Siegen zu lernen“ und den Gegner mit dessen eigenen Mitteln zu schlagen. Wichtiges Instrument dieser nicht-linearen Kriegsführung war deshalb der Ausbau russischer Auslandsmedien. Sie zielen bewusst darauf ab, Schwächen der westlichen Gesellschaften offenzulegen und deren Glaubwürdigkeit zu untergraben. Wichtigstes Anliegen ist dabei, das „dekadente“ westliche-demokratische Modell unglaublich erscheinen zu lassen und damit dessen Attraktivität zu schwächen. Dabei kommt es der russischen Führung entgegen, dass die EU im Moment in einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Krise steckt und als erfolgreiches Modell derzeit wenig Strahlkraft besitzt. Es geht der russischen Führung aber auch darum, die transatlantischen Beziehungen zu schwächen und die USA aus Europa hinauszudringen. Die sehr stark auf Konsens angelegten Staatenbündnisse EU und NATO sollen durch die Einflussnahme auf einzelne Mitgliedstaaten in ihren Entscheidungsprozessen gelähmt und sabotiert werden. So dienen Verhandlungen über die Preise von Energielieferungen mit dem EU-kritischen ungarischen Präsidenten Viktor Orbán dazu, einerseits zu zeigen, dass Russland Verbündete in der EU hat, andererseits über diese bilateralen Verhandlungen die gemeinsame EU-Politik zu schwächen. Gleichermaßen gilt für die Gespräche Putins über Investitionen in Griechenlands Pipeline-Infrastruktur.

Russlands soft power: Weiche Instrumente nicht-linearer Kriegsführung

Die Debatte über die Bedeutung von *soft power* für die russische Politik gibt es seit dem Ende der Sowjetunion. Die russischen Machteliten haben *soft power* allerdings immer anders verstanden als Joseph Nye,¹⁴ der politische Machtausübung an den Erfolg von attraktiver Kultur, Wohlstand und moralischen Werten knüpft. Die russische Führung sieht darin vielmehr ein nicht-militärisches Instrument, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Deshalb wurde *soft power* immer als Mittel verstanden, dass die militärische Macht Sicherung ergänzt und zusätzlich dabei hilft, den Gegner zu manipulieren, zu zersetzen und zu schwächen.

Wladimir Putin definiert deshalb in seinem programmatischen Artikel „Russland in einer sich verändernden Welt“¹⁵ *soft power* als einen „Komplex von Instrumenten und Methoden zur Erreichung außenpolitischer Ziele ohne Einsatz von Waffen und unter Nutzung von Informations- und anderen Handlungsinstrumenten“. Über sogenannte „Pseudo-NGOs“ könnten laut Putin Extremismus, Separatismus und Nationalismus provoziert und die gesellschaftliche Wahrnehmung manipuliert werden, um auf diese Weise die Souveränität anderer Staaten zu untergraben. Für diesen Zweck hat die russische Führung seit den 2000er Jahren neue Institutionen wie die „Föderale Agentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden Mitbürger und für humanitäre internationale Zusammenarbeit beim Außenministerium“ (Rossotrudnicestvo)¹⁶ geschaffen sowie die Stiftung „Russische Welt“ (Russkij Mir¹⁷). Rossotrudnicestvo war ursprünglich dazu gedacht, die russische Sprache und Kultur in den postsowjetischen Ländern zu fördern, dehnte seine Aktivitäten aber auf eine Vielzahl weiterer Länder aus. Diese Neugründung geschah als Reaktion auf die Aktivitäten der international operierenden US-Hilfsorganisation USAID. Russkij Mir dient vor allem der Pflege der russischen Sprache und Kultur aller im Ausland lebenden und sich zum russischen Kulturreis zugehörig fühlenden Menschen.

Hinzu kam der massive Ausbau von Auslandsmedien wie dem Fernsehsender RT oder der Radiostation Stimme Russlands (heute Sputnik). Sputnik ist inzwischen zu einem staatlich finanzierten Netzwerk von Medienplattformen entwickelt worden, das in 34 Ländern Radio, soziale Medien und Inhalte für Nachrichtenagenturen in lokalen Sprachen produziert. Ursprünglich war das Ziel dieser Auslandsmedien vor allem als Alternative zur westlichen Sichtweise von CNN und BBC die russische Sicht auf die Welt international zu verbreiten. Diese Rolle hat sich in letzter Zeit dahingehend verändert,

dass diese Auslandsmedien über die Popularisierung von Verschwörungstheorien und die Diffamierung des Westens den Eindruck entstehen lassen sollen, als ob alle lügen und es keine eindeutigen Fakten oder Wahrheiten gebe.

Gleichzeitig haben russische Organisationen damit begonnen, mit systemfeindlichen und radikalen Gruppen im Westen zu kooperieren und diese zu unterstützen. Dabei handelt es sich um rechtsextreme Parteien wie den Front National in Frankreich, aber auch Vertreter der Linkspartei in Deutschland. Entscheidend ist, dass diese Gruppen dazu beitragen können, das bestehende System zu schwächen. Putins Russland ist damit zu einem Partner für viele antiamerikanische, Anti-EU- und Anti-Globalisierungsgruppen in der EU geworden. Indem Putin den USA, dem Westen oder den Brüsseler Bürokraten die Stirn bietet, wird er zur Projektionsfläche für eine mögliche alternative Politik. Dabei spielt die russische Führung mit bestehenden Ängsten und Frustrationen in westlichen Gesellschaften, lässt aber ein alternatives attraktives Gesellschaftsmodell selbst für diese Gruppen vermissen. Russlands Führung hat sich spätestens seit der Entscheidung über die Rückkehr Putins 2011 ins Präsidentenamt von einer Modernisierung der russischen Wirtschaft und Politik verabschiedet. Stattdessen verkörpert der russische Staatschef die Herrschaft einer kleinen autoritären und korrupten Clique, die sich maßgeblich aus dem Sicherheitsapparat rekrutiert und mit ihrer revisionistischen, anti-liberalen und paranoiden Politik das eigene Land ökonomisch und moralisch systematisch zerstört.

Die Schwäche des Westens ist Putins Stärke

Dabei haben die Politiktechnologen und PR-Berater des Kremls erkannt, dass ihre Propaganda in der EU am erfolgreichsten ist, wenn sie die Schwächen des Gegners offenbart. Es rächt sich, dass die EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren notwendige Reformen versäumt haben und EU-Gegner politisch an Gewicht gewinnen. Zentrale Politikbereiche wie die Finanz-, Sozial- und Außenpolitik wurden nicht ausreichend integriert, bei politischen Entscheidungsprozessen besteht durch das intransparente Aushandeln durch Regierungschefs der Mitgliedstaaten ein Demokratiedefizit, das die Machzentren immer mehr von den Bürgern entfremdet. Populisten und Rassisten wie der Front National in Frankreich, Jobbik in Ungarn und UKIP in Großbritannien profitieren davon und werden hoffähig. Das befördert die Verunsicherung vieler Gesellschaftsgruppen und verstärkt die politische Glaubwürdigkeitskrise der EU in ihren eigenen Mitgliedstaaten.

Hinzu kommt, dass die EU auch in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft an Einfluss und Attraktivität zu verlieren scheint. Das gilt vor allem in den Staaten des Westbalkans, wo die russische Einflussnahme vor allem in Serbien auf fruchtbaren Boden fällt. Hier hat sich Gazprom in den wichtigsten Energielieferanten des Landes eingekauft und bestimmt maßgeblich die Energiepolitik Serbiens.

Der gezielte Einsatz von Geschichtsbildern

In dieses Schema passt die Renaissance von Geschichte in Russland, bei der das Gedenken an den Großen Vaterländischen Krieg ebenso instrumentalisiert wird wie die Erinnerung an den Kalten Krieg und die Errungenschaften der Sowjetunion. Vor allem der damalige Stereotyp von der Konfrontation mit den USA und ihren Verbündeten in Europa dominiert bis heute die Vorstellung der Rolle der USA in der Welt. Als Beispiel kann ein Interview mit dem bereits zitierten Nikolai Patruschew dienen, der auf die Frage nach der Forderung der Ukraine, die russisch-ukrainische Grenze zu schließen, einen Vergleich zwischen der Blockade Leningrads im Zweiten Weltkrieg und einer Blockade des Donbass zog. Im gleichen Interview verdeutlichte er zum wiederholten Male, dass die EU Russland niemals sanktionieren würde, wenn es die USA nicht gäbe.¹⁸

Der Konflikt mit dem Westen soll für Putin und seine Machtclique systemstabilisierend wirken. Er dient dazu, von den Schwächen der eigenen Politik abzulenken und verweist stets auf die Schuld der anderen. Dafür scheint dem Regime jedes Mittel recht und kein Preis zu hoch.

Was tun? Empfehlungen für die europäische Politik

Die Möglichkeiten einer direkten Einflussnahme von außen auf Entwicklungen in Russland sind begrenzt. Die von der deutschen Politik und Wirtschaft propagierte Modernisierungspartnerschaft ist längst gescheitert, ebenso wie der über Jahrzehnte propagierte „Wandel durch Annäherung“. Die russische Zivilgesellschaft und oppositionelle Gruppen in Russland stehen unter großem staatlichen Druck. Ihr Handlungsspielraum wird durch repressive Gesetzgebung weiter eingeschränkt werden, viele Oppositionelle und Vertreter kritischer Medien haben das Land bereits verlassen.

Und der verbreitete Patriotismus scheint ungebrochen. Davon zeugen schon allein die großen Zustimmungsrationen für Putins Politik, die bei knapp 90 Prozent liegen.¹⁹ Die russische Gesellschaft ist nicht demokratisch, Putin reflektiert einen Konsens in großen Teilen der russischen

Gesellschaft, der sich auch aus den Erfahrungen des ökonomischen, sozialen und politischen Niedergangs der 1990er-Jahre speist.

1. Trotzdem sollte die EU versuchen, vielfältige Kontakte in die russische Gesellschaft und zu den Eliten zu erhalten und Plattformen für den Austausch fördern. Ein zentrales Element könnten Visaerleichterungen für russische Bürger in die EU sein. Als positive Agenda im Gegensatz zu den Einreisebeschränkungen im Kontext der Krim-Annexion und des Krieges in der Ostukraine für das Umfeld von Putin sollte die EU für eine Mehrheit der russischen Bürger die Einreise erleichtern. Gleichzeitig sollte sich die deutsche und europäische Politik auf eine Zeit nach Putin und unterschiedliche Szenarien einer möglichen Entwicklung vorbereiten. Dazu könnte eine Destabilisierung Russlands ebenso gehören wie ein noch nationalistischerer und aggressiverer Präsident.

2. Die EU sollte an ihrer Selbstdarstellung arbeiten und ihre *soft power* weiterentwickeln und stärken. Das Reformdefizit und die Wirtschaftsprobleme vieler Mitgliedstaaten bieten derzeit Steilvorlagen für die russische Propaganda. Deshalb müssen die nationalen Regierungen ebenso wie die EU-Kommission überzeugendere Argumente gegen die Anti-EU-Stimmungsmache von Rechts- und Linkpopulisten in den Mitgliedstaaten finden. Dabei geht es auch darum, Werteprinzipien und Normative der EU zu festigen. Es braucht Sanktionsmechanismen für jene Regierungen, die Grundrechte der EU aushöhlen und durch Populismus den Zusammenhalt in der EU schwächen wollen.

3. Dafür ist auch die Fortführung der bisherigen Sanktionspolitik gegenüber Russland zentral, die bislang den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten demonstrierte und für die Glaubwürdigkeit der EU in Reaktion auf die russischen Aggressionen in der Ukraine steht. Die russische Führung wird im Herbst 2015²⁰ auf vielfältige Weise weiter versuchen, diese gemeinsame Strategie zu untergraben und einzelne Mitgliedstaaten etwa durch Anreize in Form von Investitionen oder niedrigen Energiepreisen für eine Abschwächung zu gewinnen. Hier müssen die EU-Mitgliedstaaten bei fehlender russischer Bereitschaft, die Ukrainekrise zu entschärfen, hart bleiben, um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren. Die Sanktionen haben bewirkt, dass die russische Führung nicht größere Teile ukrainischen Territoriums erobert hat und bei möglichen ähnlichen Aktionen in der Republik Moldau oder Georgien vorsichtiger vorgehen wird.

4. Mit Blick auf eine adäquate Antwort auf die russische Propaganda sollte die EU nicht „Gegenpropaganda“ entwickeln, aber glaubwürdig die russische Propaganda durch die Förderung von Medien sichtbar machen helfen. In diesem Zusammenhang ist es richtig, dass die Bundesregierung die Deutsche Welle und ihre russisch- und ukrainischsprachigen Programme finanziell gestärkt hat und es ist falsch, dass die britische Regierung massiv bei der BBC und ihren Auslandsprogrammen als seriöser Alternative zu RT sparen will. Im Gegenteil sollte die BBC ihre Auslandsprogramme im gleichen Maße mindestens erhalten und ihr russischsprachiges Programm stark ausbauen. Der Europäische Demokratiefonds (*European Endowment for Democracy*) hat eine umfassende Studie über eine bessere Pluralität für den russischsprachigen Medienraum veröffentlicht.²¹ Diese enthält eine Vielzahl von wichtigen Vorschlägen, um auf die russische Propaganda zu reagieren und eine Antwort auf die abnehmende Zahl unabhängiger russischsprachiger Medien zu finden. Dazu zählen unter anderem die Einrichtung regionaler Medien-Hubs in russischer Sprache, der Aufbau eines russischsprachigen Medienkompetenzzentrums, das die Arbeit von NGOs, Bildungseinrichtungen und Regierungen koordiniert sowie die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung unabhängiger Medien und NGOs in diesem Bereich. Diese Vorschläge sollten umgesetzt und ausreichend von EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen finanziert werden. Die Bundesregierung sollte hierbei eine führende Rolle übernehmen. Gleichzeitig sollten führende deutsche und europäische Medien ihr festes Korrespondentennetzwerk in Russland, der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten ausbauen, um von vor Ort glaubwürdig berichten zu können und russischer Propaganda mit Fakten zu begegnen.

5. Die EU hat die Analyse der Entwicklungen in Russland und anderen postsowjetischen Staaten zu lange vernachlässigt und sollte sie dringend stärken. Mehr Wissen und Transparenz über Entwicklungen in Russland sind ebenso nötig wie die Offenlegung russischer Netzwerke, Finanzströme und Wirtschaftsbeziehungen in der EU selbst. Hierzu bedarf es einer Stärkung nationaler Forschung in Think-Tanks und an Hochschulen sowie der besseren EU-weiten Koordinierung zwischen diesen Forschungseinrichtungen. Dazu sollte die wissenschaftliche Förderung auf nationaler und EU-Ebene für diese Region ausgeweitet werden. Außerdem sollten sich die EU-Delegationen in Moskau und anderen postsowjetischen

Hauptstädten ebenso wie die politischen Stiftungen stärker verpflichten, die EU und Brüsseler Entwicklungen den Eliten und der breiteren Öffentlichkeit dieser Länder besser zu erklären. Es bestehen erhebliche Informationsdefizite über die EU-Politik, die es Kräften erleichtern, alte Stereotype aus der Zeit des Kalten Krieges bis heute als Erklärungsmuster anzubieten.

6. Langfristig muss die EU Reformanstrengungen unternehmen, um sich da zu konsolidieren, wo die russische Propaganda im Moment am erfolgreichsten ist. Sie sollte eine gemeinsame Energie- und Außenpolitik weiterentwickeln, ihr Demokratiedefizit abbauen, die wirtschaftlichen Probleme in den südlichen EU-Staaten in Angriff nehmen und *good governance*, also eine verantwortungsbewusste Regierungsführung, nicht nur in ihrer Nachbarschaft, sondern auch innerhalb der EU überall verankern. Dazu gehört auch, dass Minderheitenrechte in der EU gestärkt werden müssen. Wichtig ist ein härteres Vorgehen gegen Korruption in den Mitgliedstaaten und eine größere Offenlegung russischer und postsowjetischer Finanzströme in die EU und weltweit.

7. Gleichzeitig braucht die EU ein ernsthaftes Angebot für die Staaten der östlichen Nachbarschaft. Es liegt im Interesse der EU-Mitgliedstaaten, die Ukraine ökonomisch und politisch zu stabilisieren. Gelingt es, sie zu einem Erfolgsmodell zu entwickeln, kann dies auf Russland und andere postsowjetische Staaten ausstrahlen. Der große Vorteil der EU ist dabei, dass Russland weder über die ökonomische Kraft noch über das politische Modell verfügt, um diese Länder tatsächlich zu entwickeln. Moskau fördert Destabilisierung, Korruption und schwache Staaten, um das Abhängigkeitsverhältnis zu erhalten. Die EU hat attraktivere Angebote für die Gesellschaften dieser Länder parat und sollte diesen strategischen Vorteil stärker nutzen.

Dr. Stefan Meister ist Programmleiter Osteuropa, Russland und Zentralasien des Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP.

Dr. Jana Puglierin ist Programmmitarbeiterin des Berliner Forum Zukunft der DGAP.

Anmerkungen

- 1 „Kleine grüne Männerchen“ bezeichnet russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen, die erstmals im Kontext des Ukrainekonfliktes auf der Krim zum Einsatz kamen. Vergleiche zur Begrifflichkeit: Vladislav Inozemtsev, Words Don't Come Easy: „Vezhlivye Lyudi“, in: Berlin Policy Journal, 21.5.2015, <<http://berlinpolicyjournal.com/words-dont-come-easy-vezhlivye-lyudi/>> (abgerufen am 26.8.2015).
- 2 In diesem Artikel wird der Begriff des „Westens“ für die Koalition aus EU und USA verwendet, auch mit dem Wissen, dass dieser historische Begriff die Interessengemeinschaft des Kalten Krieges darstellt und mit den wachsenden Unterschieden zwischen den beiden Seiten nicht mehr tatsächlich die Realität nach dem Ost-West-Konflikt abbildet.
- 3 Vgl. Ulrike Franke, „War by Non-Military Means. Understanding Russian Information Warfare“, FOI-R-4065-SE, März 2015.
- 4 Die Autoren verwenden den Begriff *soft power* in diesem Artikel im Sinne Joseph Nyes als Macht und Einfluss über Attraktivität, die Staaten haben aufgrund von wirtschaftlicher Prosperität, attraktiver Kultur sowie politischen Werten und Außenpolitik, die auf moralischer Autorität beruht. Vgl. dazu den Abschnitt „Russlands soft power“ sowie Anm. 14.
- 5 Vgl. Wladimir Putin, Rossija i menjajuscisja mir, in: Moskovskie Novosti, 27.2.2012, <<http://www.mn.ru/politics/20120227/312306749.html>> (abgerufen am 7.8.2015). Alle Übersetzungen durch die Autoren.
- 6 Ausführlich erschien diese Rede im Publikationsorgan der russischen Streitkräfte: Cennost' nauki v predvidenii, in: Voenno-promyslennyj kur'er, No 8 (476), 27.2.2013, <<http://vpk-news.ru/print/articles/14632>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 7 Putin, Rossija i menjajuscisja mir, a.a.O. (Anm. 3).
- 8 Vladimir Putin rasgljadel „cvetnye texnologii“ na ulicach i v sozsetjach, in: Kommersant', 4.3.2015, <<http://kommersant.ru/doc/2679694>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 9 Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii, in: Rossiskaja Gazeta, 30.12.2014, <<http://www.rg.ru/2014/12/30/doktrina-dok.html>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 10 Za destabilizacij Ukrayin skryvaetsja popytka radikal'nogo oslablenija Rossii, in: Kommersant', 22.6.2015. <<http://kommersant.ru/doc/2752250>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 11 Karsten Kaminski, Mikhail Bushuev, NGOs in Russland unerwünscht, in: Deutsche Welle, 9.7.2015, <<http://www.dw.com/de/ngos-in-russland-unerw%C3%BCnscht/a-18572498>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 12 Vasily Gatov, How the Kremlin and the Media Ended Up in Bed Together, in: Moscow Times, 11.3.2015, <<http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/how-the-kremlin-and-the-media-ended-up-in-bed-together/517323.html>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 13 Was passiert in russischen „Troll-Fabriken?“, ARD, 26.7.2015, <<http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/sendung/mdr-sendung-vom-26072015-104.html>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 14 Joseph S. Nye, Jr., Soft Power, New York 2004.
- 15 Putin, Rossija i menjajuscisja mir, a.a.O. (Anm. 3).
- 16 Rossotrundnicestvo, <<http://95.163.77.90/>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 17 Russkij Mir, <<http://www.russkiymir.ru/languages/germany/index.htm>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 18 Kaminski, Bushuev, NGOs in Russland unerwünscht, a.a.O. (Anm. 9).
- 19 Levada-Zentru, Ijulskie reitingi odobreniya i doveriya, 23.7.2015, <<http://www.levada.ru/23-07-2015/iyulskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya>> (abgerufen am 7.8.2015).
- 20 Im Januar 2016 laufen die derzeitigen Sanktionen aus und müssten vorher verlängert werden.
- 21 O.A., Bringing Plurality and Balance to Russian Language Media – Final Recommendations, European Endowment for Democracy, <<https://www.democracyendowment.eu/news/bringing-plurality-1/>> (abgerufen am 7.8.2015).